

Interview mit Vertreterinnen des ehrenamtlichen Asylkreises Grafrath – Spenden für medizinische Hilfe

Grüne Seiten: In Grafrath sind zwei der dezentralen Asylunterkünfte aufgelöst worden. Wie viele Flüchtlinge leben derzeit hier im Ort?

Monika Glammert-Zwölfer: Momentan leben hier zwei Familien und sechs alleinstehende junge Erwachsene, die sich noch im Asylverfahren befinden, das sind insgesamt 16 Personen. Außerdem wohnen in Grafrath und Mauern 20 anerkannte Flüchtlinge.

Grüne Seiten: Der Asylkreis unterstützt ja seit mehreren Jahren eine Medizinstation in der syrischen Stadt Afrin. Wie wird dort gearbeitet, nachdem sich die politische Situation in der Region durch den Einmarsch der Türken und ihrer radikalen Verbündeten komplett verändert hat?

Susanne Engelmann: Die Entwicklung ist tragisch und für uns alle unfassbar. Die bis Ende letzten Jahres vom Krieg weitgehend verschont und eher westlich ausgerichtete Kurdenregion Afrin, in der viele geflüchtete Syrer aus anderen Städten Zuflucht gefunden haben, ist durch die willkürlichen und unrechtmäßigen Kriegshandlungen der Türkei von Januar bis März in weiten Teilen zerstört, vor allem die Stadt Afrin und einige kleine Städte nahe der türkischen Grenze. Die meisten der ehemaligen Einwohner sind auf der Flucht, eine große Umsiedelung salafistischer/dschihadistischer Personen nach Afrin hat stattgefunden.



In einem Akt der Willkür wurde allen noch funktionsfähigen Krankenhäusern die Betriebserlaubnis entzogen. Davon betroffen war auch unsere Dialysestation, die in einem kleinen Privatkrankenhaus untergebracht ist. Seit Mitte Mai ist diese wieder für Kranke geöffnet. Allerdings ist die Zahl der Patienten sehr gesunken, da einige Patienten ohne Behandlungsmöglichkeit in der Zwischenzeit bereits gestorben, andere in sichere Gebiete geflohen sind. Wer zurzeit in der Dialysestation aufgenommen und versorgt wird, wissen wir nicht gesichert und aus diesem Grunde werden wir das Spendengeld vorerst nicht dorthin leiten, sondern für die medizinische Nothilfe der geflüchteten Afriner verwenden. Kontakte zu zuverlässigen Hilfsorganisationen wurden bereits hergestellt.

Beim letzten Benefizkonzert am Volksfest in Fürstfeldbruck hat übrigens auch der Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir im Musikzelt vorbeigeschaut und die Helfer begrüßt, um seine Solidarität mit Afrin und den dort vertriebenen Menschen zu zeigen. Nach wie vor freuen wir uns, wenn viele Menschen unsere Benefizveranstaltungen besuchen und so ihr Interesse und ihre Anteilnahme zeigen. Umfassende Hilfe ist jetzt besonders wichtig. Unser künftiges Benefiz – Engagement werden wir öffentlich mitteilen.

Spendenkonto:

Evang.-Luth.Kirchengemeinde Grafrath
IBAN: DE 97701633700000217360
Betreff: "Asylkreis Grafrath-Dialyse"

Kontakt und weitere Infos:

Benefizteam:

Herr Adel Nibu
syrien-dialyse@asylhelfer.bayern
www.syrienhilfe-dialyse.de

Koordination Asylkreis:

Frau Monika Glammert-Zwölfer
grafrath@asylhelfer.bayern

Grüne Seiten: Welche radikalen Verbündeten haben mit der Türkei gegen die Kurden in Afrin unrechtmäßig gekämpft, woher sind sie gekommen und wer siedelt sie jetzt nach Afrin um?

Susanne Engelmann: Die Presse informiert zurzeit äußerst spärlich, das Thema ist anscheinend nicht mehr aktuell genug.

Wir im Asylkreis haben sehr direkte Informationen durch unsere Asylsuchenden aus dem Landkreis und wollen diese gerne weitergeben.

Wissenswert ist, dass der türkische Staat nicht vorrangig mit türkischem Militär in der Region Afrin eingefallen ist, sondern extremistische Gruppen wie die al-Nusra-Front, ehemalige Anhänger des IS, turkmenische Milizen, wie auch andere salafistische und dschihadistische Gruppen z.B. aus Ost-Ghuta angeworben hat mit der Zusage, dass sie sich im eingenommenen Afrin mit ihren Familien niederlassen könnten. Ziel dieser türkischen Politik ist es die Kurden aus ihrer Heimat zu vertreiben und ganz Afrin mit radikalen, strenggläubigen Muslimen zu bevölkern.

Überall in Afrin werden bereits türkische Militärstützpunkte errichtet und neben den neuen Bewohnern müssen sich auch alle einheimischen Kurden und Syrer auf ihrem eigenen Grund und Boden öffentlich registrieren und mit türkischen Ersatzpapieren ausstatten lassen! Absurd! Warum?

Ein Grund ist: Die Türkei duldet neben sich keine Möglichkeit zu einem weltoffenen kurdischen Staat, westlich ausgerichtet, mit der Tendenz zur Selbstbestimmung, Gleichberechtigung der Geschlechter und Religionsausübung ohne Zwang.

Entsprechend willkürlich und unmenschlich verfahren die neuen „Herren“ und Bewohner mit den ansässigen Kurden, die es gewohnt sind, offen und in Eintracht mit allen Religionen und Ethnien zu leben.

Gefängnis, Folter, Vergewaltigung, Morddrohung, Zwangsenteignung oder Zwangsgeld sind jetzt an der Tagesordnung. So wurde auch in den letzten Wochen die gesamte heimische Getreideernte von türkischer Seite beschlagnahmt, dasselbe wird mit den Olivenhainen im Spätsommer geschehen. Die eigenständige Versorgung ist somit aufgehoben, die Kurden mit dem Wunsch nach Unabhängigkeit werden auf allen Fronten in die Knie gezwungen.



Das Konzert „Weltmusikalischer Klangrausch“ in der Michaelkirche sorgte für eine ganz besondere Stimmung. Durch ein leckeres Buffet halfen die Syrer aus Grafrath und Umgebung, die Spendentöpfe für Afrin zu füllen.“

Eine Tragödie für die Afriner und wie so oft schaut die Politik im Westen untätig zu, obwohl es die Kurden waren, die mit großem Einsatz an der Seite der Amerikaner die islamistischen Terroristen „Islamischer Staat“ so erfolgreich bekämpft haben auch zu unserer Sicherheit in Europa. Ohne sie wäre das nicht möglich gewesen. Solidarität mit diesen Menschen ist jetzt angesagt!

Grüne Seiten: Wie bewerten Sie aus Ihrer langjährigen Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit die neuesten Pläne in der Asylpolitik, Stichwort „Ankerzentren“?

Monika Glammert-Zwölfer: Die Intention, dass Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber schneller in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden sollen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Wenn dies aber dadurch gewährleistet werden soll, dass viel zu viele Menschen auf engem Raum kaserniert werden und dort ohne Beschäftigung, ohne Kontakt zur ansässigen Bevölkerung und evtl. auch ohne Beschulung für die Kinder ausharren müssen, halte ich das für den falschen Weg. Die Probleme, die aktuell in der Erstaufnahmeeinrichtung am Brucker Fliegerhorst und in anderen Massenunterkünften auftreten, veranschaulichen dies deutlich. Was wir aus meiner Sicht dringend zusätzlich zum Asylrecht brauchen, ist eine legale Möglichkeit für Menschen (z.B. aus Afrika) in unserem Land bzw. in Europa Geld zu verdienen und etwas zu lernen und diese Erfahrungen dann auch bei einer schon im Voraus geplanten Rückkehr in ihre Heimat einzubringen, um diese Länder zu stärken und weiter zu entwickeln.